

Heinz Bierbaum (DIE LINKE)

Plädoyer für eine aktive und offensive Wirtschaftspolitik

Seit Einführung des Euro haben sich die Wirtschaften Deutschlands auf der einen Seite und der südeuropäischen Länder - Griechenland, Italien, Spanien, Portugal - auf der anderen Seite stark auseinander entwickelt. Den deutschen Überschüssen in der Handels- und Leistungsbilanz stehen erhebliche Defizite der anderen Länder gegenüber. Mit der gemeinsamen Währung ist ein Anpassungsprozess über eine Abwertung der jeweils nationalen Währung wie in der Vergangenheit nicht mehr möglich. Anstatt aber offensiv die eigene Wirtschaft zu entwickeln, wurde in diesen Ländern besonders seit Beginn der Krise vorwiegend eine Politik der inneren Abwertung durch Lohnkürzungen und Sozialabbau verfolgt. Dazu wurden sie durch die Austeritätspolitik der Troika genötigt. Festzustellen ist, dass diese Politik vollständig gescheitert ist. So hat sich die soziale Situation in den südeuropäischen Ländern dramatisch verschlechtert. Die Wirtschaft ist zum Teil erheblich eingebrochen. Auch wenn in jüngster Zeit eine leichte ökonomische Erholung festzustellen ist, so ist das Niveau der Vorkrisenzeit noch längst nicht erreicht. Vor allem aber sind keine positiven Effekte auf den Arbeitsmarkt festzustellen.

Um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme anzugehen, ist eine andere Politik erforderlich. Ökonomisch gesprochen muss die Politik der "inneren Abwertung" durch eine Politik der "inneren Aufwertung" ersetzt werden. Dazu bedarf es eines radikalen Politikwechsels. An die Stelle der Kürzungs- und restriktiven Fiskalpolitik muss eine aktive und offensive Politik der wirtschaftlichen Wiederbelebung treten.

In dieser Konferenz ist zu Recht die Schuldenproblematik in den Vordergrund gestellt worden. Es ist darauf hingewiesen worden, dass die Austeritätspolitik neben ihren verheerenden sozialen und ökonomisch kontraproduktiven Auswirkungen auch nicht in der Lage war, die Schulden abzubauen. Im Gegenteil: Sie haben sich wie im Falle Griechenland sogar noch erhöht. Zu Recht sind eine Restrukturierung der Schulden und vor allem ein Schuldenaudit gefordert worden, um legitime und illegitime Schulden zu unterscheiden. So notwendig dies ist, so ist aber auch klar, dass ohne Maßnahmen für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der langen Frist das Problem des Schuldenabbaus nicht gelöst werden kann.

Erforderlich ist also andere Wirtschaftspolitik, die auf Wachstum und Beschäftigung setzt. Dabei geht es allerdings nicht um wirtschaftliches Wachstum schlechthin, sondern um eine gesellschaftlich sinnvolle Entwicklung mit der Schaffung von sozial und ökologisch verträglichen Arbeitsplätzen. Die zu schaffenden Arbeitsplätze sollen zugleich den Anforderungen an "gute Arbeit" entsprechen, wie sie insbesondere von den Gewerkschaften gestellt werden. Im Gegensatz zu prekärer Arbeit, die gerade auch in ökonomisch besser gestellten Ländern wie Deutschland stark verbreitet ist, sollen Arbeitsplätze von Dauer mit ausreichendem Einkommen und anständigen Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Eine solche gesellschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft wird sich allerdings nicht über den Markt herstellen, sondern bedarf der Gestaltung durch die Politik. Notwendig sind öffentliche Investitionsprogramme, die wirtschaftliche Tätigkeit in den Feldern bewirkt, die gesellschaftlich notwendig sind. Dazu gehören die Infrastruktur, die Energie- und Verkehrspolitik, aber auch Bereiche wie Bildung und Kultur, Gesundheit und Wohnen. Eine solche Politik ist insbesondere auch darauf gerichtet, die Bereiche der Daseinsfürsorge auch öffentlich zu organisieren, also öffentliche Dienste beizubehalten und auszubauen, anstatt sie zu privatisieren.

Die von der Linken erhobene Forderung nach einer an gesellschaftlichen Bedarfen ausgerichteten Wirtschaftspolitik mit öffentlichen Investitionsprogrammen findet Unterstützung durch die Gewerkschaften. Sie haben in jüngster Zeit dazu sehr konkrete Vorschläge gemacht. Ich erinnere an den "Marshallplan für Europa" der vom deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) vorgeschlagen wurde. Danach sollen jährlich 260 Milliarden Euro investiert werden. Ziel ist es, damit für gute Arbeitsplätze und für Wohlstand zu sorgen. Der Schwerpunkt der Investitionen soll im Energiebereich liegen, um damit vor allem die CO₂-Emissionen massiv zu reduzieren. Weitere Schwerpunkte sind die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, der Ausbau von Breitbandnetzen in Europa, die Förderung innovativer und zukunftsorientierter Industriestrukturen, die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen, Bildung und Ausbildung, die Förderung altersgerechten Wohnens sowie die nachhaltige Bewirtschaftung der knappen Wasserressourcen. Der "Marshallplan" des DGB war auch Ausgangspunkt und Grundlage für die Initiative des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) eines "neuen Pfads für Europa" mit einem auf 10 Jahre angelegten Investitionsprogramm in Höhe von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union. Damit soll nachhaltiges Wachstum und die

Schaffung von guten Arbeitsplätzen erreicht werden. Erst letzte Woche haben auch die in "indutriAll" zusammengeschlossenen europäischen Industriegewerkschaften in Anknüpfung an die Vorschläge des EGB ein Manifest mit dem Titel "Put industry back to work" vorgestellt und damit für eine aktive europäische Industriepolitik plädiert.

Gerade die gewerkschaftlichen Initiativen zeigen, dass es eine breite gesellschaftliche Basis für eine andere Wirtschaftspolitik in Absetzung und Gegensatz zu den vorherrschenden neoliberalen Konzepten gibt.

Eine zentrale Frage ist, wie derartige Programme finanziert werden. Dabei gibt es unterschiedliche Wege. So schlägt der DGB zur Finanzierung des von ihm vorgeschlagenen Marshallplans die Einrichtung eines "Europäischen Zukunftsfonds" vor, dessen Mittel aus Anleihen und Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer aufgebracht werden sollen. Die notwendige Eigenkapitalausstattung soll durch eine Vermögensabgabe erfolgen. Die Europäische Linke setzt stärker auf öffentliche Finanzierung, vor allem auch auf eine neu ausgerichtete Finanzpolitik. Dabei spielt die Europäische Zentralbank eine wichtige Rolle. Dazu muss die Aufgabenstellung der EZB dahingehend geändert werden, dass sie nicht nur für Geldwertstabilität sorgen soll, sondern auch volkswirtschaftliche Verantwortung hat. Vorgeschlagen wird insbesondere die Gründung eines "Europäischen Fonds für soziale und ökologische Entwicklung". Dieser Fonds soll nicht über die Finanzmärkte finanziert werden, sondern direkt durch die EZB und durch die Finanztransaktionssteuer. Er soll dazu dienen, soziale und ökologische Projekte zu fördern, und den Ländern, die Arbeitsplätze schaffen und öffentliche Dienstleistungen ausbauen, günstige Kredite geben. Insgesamt ist dieser Vorschlag von dem Gedanken getragen, das Geld anders zu nutzen, also nicht für Spekulationen, sondern für gesellschaftlich sinnvolle Dienstleistungen.

Notwendig ist aber insbesondere auch eine andere Steuerpolitik mit einer stärkeren Besteuerung der Reichen und der großen Vermögen. Dazu gehören neben der bereits mehrfach erwähnten Finanztransaktionssteuer eine Vermögenssteuer und auch eine einmalige europaweite Abgabe auf große Vermögen. Insgesamt gilt es, die Steuerbelastung weg von der Arbeit und stärker auf das Kapital zu verlagern. Bestandteil einer anderen, sozial gerechteren Steuerpolitik sind die Schließung von Steueroasen und der Kampf gegen die Steuerhinterziehung.

Im Zentrum der von der Linken geforderten Politik für Europa steht eine aktive Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Schaffung gesellschaftlichen Wohlstands mit sozial und ökologisch verträglichen Arbeitsplätzen. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen darauf gerichtet sein, die ungleiche Entwicklung in Europa zu überwinden und für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Dabei kann man die wirtschaftliche und damit auch die gesellschaftliche Entwicklung nicht einfach dem Markt überlassen, sondern es müssen seitens der Politik Maßnahmen ergriffen werden, um aktiv die vorhandenen Defizite zu überwinden. Notwendig sind öffentliche Investitionsprogramme, wie sie sowohl von der Linken als auch von den europäischen Gewerkschaften gefordert werden. Dabei ergibt sich allerdings auch die Frage, wie diese Programme organisiert und umgesetzt werden sollen. Bei Programmen wie dem "Marshallplan" des DGB spielt das Europäische Parlament eine zentrale Rolle. Bei dem "Fonds für soziale und ökologische Entwicklung" ebenso wie bei den europäischen Investitionsprogrammen, wie sie von der Linken befürwortet werden, ist eine über die parlamentarische Kontrolle hinausgehende demokratische Steuerung angestrebt. Diese ist allerdings bislang nicht näher konkretisiert. Insgesamt gilt es aber, aktive Wirtschaftspolitik mit öffentlichen Investitionen als ihrem Kern mit wirtschaftsdemokratischer Organisation zu verbinden. Das Konzept der Wirtschafts- und Sozialräte könnte dabei ein Ausgangspunkt sein.